Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet 1877 — „Aus den Tannen" — Fernsprecher Nr. 11

Allg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt

Bezugspreis: Bei der Post u. den Agenten bezogen vierteljährl. 18 Mk. 80 Pfg., in Altensteig 18 Mk. 50 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. | Anzeigenpreis: Die 1spaltige Zeile oder deren Raum 70 Pfg., die Reklamezeile 2 Mk. Mindestbetrag eines Auftrags 3 Mk. 50 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Zahlungsverzug ist der Rabatt hinfällig.

Nr. 234. | Altensteig, Freitag den 7. Oktober. | Jahrgang 1921.

Das deutsch-franz. Abkommen über die deutschen Sachlieferungen abgeschlossen.

WTB. Berlin, 6. Okt. Die Minister Dr. Rathenau und Loucheur haben heute in Wiesbaden in Vollmacht ihrer Regierungen das Abkommen über die deutschen Sachlieferungen an Frankreich abgeschlossen. Die Unterzeichnung der Nebenabkommen erfolgt voraussichtlich am Freitag.

WTB. **Berlin,** 6. Okt. In dem **Abkommen über die deutschen Sachlieferungen** an Frankreich bekunden die beiden Regierungen ihren Willen, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs durch Lieferung bezw. Bestellung von Einrichtungs- und Betriebsgegenständen und von Baustoffen in möglichst großem Umfang zu erwirken. Die Durchführung der Lieferungen soll auf beiden Seiten durch privatrechtliche Organisationen erfolgen. Zu dem Verfahren der Anlage IV zu Teil 8 des Friedensvertrags kann nach einer Kündigungsfrist von einem Jahr zurückgekehrt werden. Die deutsche Regierung darf jedoch diese Kündigung frühestens am 1. Mai 1923 für den 1. Mai 1924 aussprechen. Für die Lieferungen aus dem Abkommen gilt die Einschränkung, daß sie Frankreich lediglich für den Zweck des Wiederaufbaues verwenden darf. Zu den Lieferungen ist die deutsche Organisation nur insoweit verpflichtet, als sie mit den Produktionsmöglichkeiten Deutschlands, den Bedingungen seiner Rohstoffversorgung und den inneren Bedürfnissen seines sozialen und wirtschaftlichen Lebens vereinbar sind. Der gesamte Wert der Leistungen soll bis 1. Mai 1926 sieben Milliarden Goldmark nicht übersteigen. Die Lieferungen sollen erfolgen durch unmittelbare freie Vereinbarung der deutschen und französischen Organisationen. Für den Fall, daß eine Vereinbarung nicht zustande kommt, entscheidet eine Kommission über Lieferungsmöglichkeit und Preis, Transport, Lieferungs- und Abnahmebedingungen endgültig. Die Kommission setzt sich zusammen aus einem Deutschen, einem Franzosen und einer dritten gemeinsam bestimmten oder vom Schweizer Bundespräsidenten ernannten Person. Für die Preisfestsetzung, soweit sie nicht in freier Vereinbarung erfolgt, gilt ungefähr der normale franz. Inlandspreis, abzüglich der französischen Zollgefälle und der Transportkosten. Ist der in den Preisverzeichnissen erstellte Preis niedriger als der gleiche Preis für die gleiche Ware in Deutschland, so ist Deutschland nur verpflichtet zu liefern, soweit diese Preisdifferenz nicht größer ist als 5 Prozent. Der Wert dieser Verlustlieferungen kann höchstens 5 Prozent des Gesamtwertes der Lieferungen der betreffenden Ware betragen. Kommt für Spezialmaterial eine Verständigung nicht zustande, so kann die französische Regierung auf das Lieferungsverfahren nach Anlage IV zu Teil 8 des Friedensvertrags zurückgreifen, jedoch nur soweit, wie die Gegenstände in den Deutschland früher übergebenen Listen bereits enthalten sind.

Die Zahlungen an die deutsche Lieferungsorganisation geschehen durch die deutsche Regierung. Dieser wird der Wert der Lieferungen auf Reparationskonto gutgeschrieben. Dabei unterscheidet das Abkommen drei Zeitabschnitte: bis 1. Mai 1926, bis 1. Mai 1936 und die Folgezeit. Die Lieferungen im ersten Zeitabschnitt werden Deutschland nur mit 33 Proz. des Wertes gutgeschrieben. Beträgt der Wert der Lieferungen aus dem Abkommen in einem Jahr weniger als eine Milliarde Goldmark, so werden in diesem Jahr 45 Proz. des Wertes auf die Lieferungen gutgeschrieben. Der Höchstbetrag, der Deutschland in einem Jahr gutgeschrieben werden darf, ist 1 Milliarde Goldmark. Der Betrag des in den einzelnen Jahren nicht gutgeschriebenen Wertes der Lieferungen trägt einfache Jahreszinsen zu 5 Proz. Ab 1. Mai 1926 werden die Restbeträge zusammengerechnet. Die so gewonnene Summe ist in zehn gleichen Jahresraten bis zum 1. Mai 1936 nebst den fällig werdenden einfachen Zinsen gutzuschreiben. Bei den Lieferungen vom 1. Mai 1926 ab wird grundsätzlich der volle Wert gutgeschrieben, doch darf die jährliche Gutschrift auch jetzt eine Milliarde Goldmark nicht übersteigen. Beträgt der Gesamtwert der Leistungen bis zum 1. Mai 1926 mehr als 7 Milliarden Goldmark, so ist der überschießende Betrag innerhalb dreier Monate ab 1. Mai 1926 Deutschland voll gutzuschreiben, ohne Rücksicht auf die Regelung der sonstigen Gutschriften. Am 1. Mai 1936 ist wiederum festzustellen, welche Beträge etwa Deutschland noch gut hat. Dieser Saldo ist nebst 5 Prozent Zins und Zinseszins in vier Halbjahresraten 1936 und 1937 abzutragen. Alle Gutschriftbestimmungen gelten mit der Maßgabe, daß keine Jahresgutschrift höher sein darf als der Anteil Frankreichs (52 Proz.) an dem gemäß Artikel 4 des Londoner Zahlungsplans zur Verteilung unter die Alliierten gelangenden deutschen Annuitäten. Vom 1. Mai 1936 ab kann Deutschland alle Leistungen ablehnen, soweit durch ihre Ausführung der von Frankreich in einem Jahr äußerstenfalls gutzuschreibende Betrag (52 Proz. der Annuitäten) überschritten würde.

Noch immer

werden Bestellungen auf die „Schwarzwälder Tageszeitung Aus den Tannen" entgegengenommen. Man bestelle unsere Zeitung bei der Post, den Postboten oder bei den Agenten und Austrägern.

Nur Mk. 13.80 kostet die

Schwarzwälder Tageszeitung

Aus den Tannen.

Poincare in der Klemme.

Der „Frankf. Zeitung" wird aus Paris geschrieben:

Mit der durch brutale Drohungen erzwungenen Unterschrift Deutschlands unter das Anerkenntnis seiner Schuld am Krieg hatten die Machthaber von Versailles geglaubt, die Aussprache über die Frage der Verantwortung ein für allemal schließen zu können. Sie haben sich, wie in so manchem anderen, auch hierin bitter getäuscht. Geschichte läßt sich nicht mit erpreßten Erklärungen machen, die Wahrheit sich auf die Dauer nicht unterdrücken. Die Kriegslüge erfährt neuerdings eine starke Erschütterung durch die Veröffentlichung eines Briefwechsels zwischen Herrn Poincare und dem Geschichtsforscher Ernest Renauld, den die Pariser „Lanterne" veröffentlicht:

Renauld hatte in seinem vor kurzem erschienenen Buch „1914/19" im Rahmen einer Untersuchung über die Ursachen des Kriegs neben Wilhelm II. die englisch-französisch-russische Bündnispolitik und vor allem ihren Urheber Poincare selbst für den Ausbruch des Kriegs verantwortlich gemacht. Poincare hatte sich dagegen mit einem Schreiben an den Verfasser verwahrt, und daran anschließend entspann sich ein Briefwechsel, dem zweifellos geschichtliche Bedeutung zukommen wird.

In dem ersten der Briefe schreibt Renauld:

„Die Wahrheit zwingt mich zu glauben, daß die Entente den Krieg gewollt hat und daß vor allem Sie, Herr Präsident (Poincare), zusammen mit einer Gruppe Ihrer Freunde ihn gewollt haben. Erstens: Ihre Reise nach Rußland (Juli 1914) war eine an Wahnsinn grenzende Unvorsichtigkeit. Sie war unnötig und sie mußte unmittelbar nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers wie eine Herausforderung wirken. Zweitens: Sie haben es unterlassen, Serbien zur rechten Zeit den Rat zu geben, die österreichische Note in ihrer Gesamtheit anzunehmen, wie es San Giuliano (der italienische Außenminister) am 27. Juli 1914 unserem Gesandten, das heißt also Ihnen, dringend angeraten hatte."

In seiner Antwort auf diesen Brief schreibt Poincare:

„Meine Reise nach Rußland war seit dem Monat Januar beschlossen. Als Oesterreich-Ungarn das Ultimatum in Belgrad übergab, befand ich mich auf hoher See. Ich konnte deshalb in den Tagen zwischen dem 26. und 29. Juli nicht immer über alle Einzelheiten unterrichtet sein. Aber von Paris aus hat die Regierung dem serbischen Kabinett die friedfertigsten Ratschläge gegeben und Serbien hat schließlich im Einverständnis mit Rußland nachgegeben."

Renauld erwidert darauf:

„Am 29. Juli waren Sie nicht mehr auf See. Und wenn in Ihrer Abwesenheit die Regierung in Paris Serbien geraten hat, nachzugeben, so hat sie ihm doch keineswegs den Rat gegeben, sich voll und ganz den österreichischen Forderungen zu fügen, um den Krieg zu vermeiden. Im Gegensatz zu dem, was Sie schreiben, hat Serbien auch keineswegs sich völlig unterworfen. Sie haben sodann die Tage des 29., 30. und 31. Juli verstreichen lassen, und erst am 31. um 11 Uhr abends, als es bereits zu spät war, haben Sie Serbien geraten, sich zu beugen. Hätten Sie Serbien diesen Rat bereits am 29. gegeben, so hätten wir keinen Krieg gehabt. Daraus folgt: entweder, Sie haben den Krieg gewollt, oder, Sie haben eine schlechte Politik gemacht. In beiden Fällen sind Sie einer der für den Krieg Verantwortlichen."

Renauld sagt weiter: „Wenn es Ihnen nicht an der nötigen Zivilcourage fehlen würde, würden Sie offen eingestehen: „Ja, ich und meine Freunde, wir haben geglaubt, durch die Entente den großen außenpolitischen Fehler der französischen Revolution wieder gutmachen zu können durch die Zerreißung der deutschen Einheit. Wir haben die Stunde für gekommen geglaubt, und wir haben die Partie gewagt. Unglücklicherweise hat der Krieg aber nicht die Resultate gehabt, auf die wir gerechnet haben, und darum werden wir, selbst wenn Deutschland den Vertrag von Versailles restlos erfüllt, eines Tags den Krieg von neuem beginnen müssen. Das wäre wenigstens eine Sprache der Wahrheit gewesen; sie hätte allerdings direkt zum Schafott geführt, und deshalb fahren Sie fort, wie ein Anwalt zu reden, der eine schlechte Sache zu verteidigen hat. Gott, Frankreich und die Geschichte werden über Sie urteilen!"

Poincares Antwort auf diese Anklage ist sehr kleinlaut. Er schützt die Verfassung vor, wonach das Kabinett und nicht er für die Politik verantwortlich sei. Renauld erwidert, daß es Poincares Pflicht gewesen wäre, bei seiner Rückkehr nach Paris am 29. Juli einzugreifen: „Unser ehemaliger Gesandter in Petersburg, Herr Paleologue, hat in seinen Erinnerungen eingestanden, daß Rußland bereits am 29. Juli die allgemeine Mobilmachung insgeheim angeordnet hat. In dem Gelbbuch von 1914 hat Paleologue dagegen erklärt, daß Rußland erst am 31. Juli als Antwort auf die österreichische Mobilmachung mobilisiert habe, obwohl es dies in Wirklichkeit bereits am Tage vorher getan hat. Also sagt Ihr Gelbbuch keineswegs die Wahrheit. Es lügt... Und was halten Sie von der Wahrhaftigkeit des Herrn Viviani, der am 31. Juli um 7 Uhr abends dem deutschen Botschafter versichert hat, daß er von der russischen Mobilmachung, die bereits am 29. in London und Brüssel bekannt war, nichts wisse?... Sie verwechseln Frankreich mit sich selbst und Ihren Mitschuldigen. Frankreich hat sicherlich den Krieg nicht gewollt. Aber Sie und Viviani und die anderen Anhänger der englisch-russischen Bündnispolitik. Sie haben ihn gewollt, oder Sie haben ihn zum mindesten nicht verhindert, was Ihre Verantwortlichkeit in keiner Weise abschwächt."

Renauld schließt sein Schreiben, indem er Poincare eine öffentliche Aussprache über die Ursachen des Kriegs und seine Urheber vorschlägt.

Das Arbeitsnachweisgesetz.

Zum Arbeitsnachweisgesetz, das im Herbst dem Reichstag zugehen soll, hat der Arbeitsnachweisausschuß der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände Stellung genommen. Der Ausschuß vermag das Bedürfnis einer gesetzlichen Regelung der gesamten Arbeitsvermittlung (Arbeiter und Angestellte) nicht anzuerkennen. Er verweist auf die Erfahrungen, die man mit der gesetzlichen Regelung in England gemacht hat. Dort beschränkt sich die gesetzliche Arbeitsvermittlung auf ungelernte Arbeiter, und die Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweisämter wird von dem Bedürfnis abhängig gemacht. Der Ausschuß sagt, daß die Arbeitsvermittlung für Angestellte auf dem im Gesetzentwurf vorgeschlagenen Wege praktisch undenkbar sei. Weiter wird auf die ungeheuren Kosten hingewiesen, die die Durchführung des Gesetzes in der vorgeschlagenen Form verursachen würde (es ist mit rund 3000 öffentlichen Arbeitsnachweisen, 20 Landesämtern und einem Reichsamt zu rechnen). Mit Recht dürfe man sich fragen, ob unsere Wirtschaft bei der schon bestehenden überaus hohen Spannung in der Lage sein wird, diesen neuen Beamtenapparat mit seinen erheblichen Unkosten zu erhalten. Das heutige Arbeitsamt für Berlin brauche allein schon 10 Millionen Mark Zuschuß, für den Bereich des Zentralarbeitsamts Dresden werden die Gehälter und Löhne 2 Millionen Mark betragen. Für das Reichsamt schätzt man die Ausgaben auf 12 Millionen Mark. Für die Landesämter veranschlagt man die Kosten auf 200 Millionen Mark.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Neues vom Tage.

Keine Rücktrittsabsichten des Reichskanzlers.

Berlin, 6. Okt. Die Nachricht eines Berliner Morgenblatts, wonach sich der Reichskanzler, der z. Z. eine längere Reise nach Baden angetreten hat, mit Rücktrittsabsichten trage, werden an zuständiger Stelle als haltlos bezeichnet.

Der neue amerikanische Botschafter in Berlin.

Berlin, 6. Okt. Es verlautet, William Boyce Thompson, ein Neuyorker Bankier, werde wahrscheinlich zum amerikanischen Botschafter in Berlin ernannt werden.

Steckbriefliche Verfolgung der Kappisten.

Leipzig, 6. Okt. Der Oberreichsanwalt erläßt Steckbriefe wegen Hochverrats gegen den Generallandschaftsdirektor Kapp aus Königsberg, den Major a. D. Pabst, den Obersten a. D. Bauer, den Arzt und Volkswirtschaftler G. W. Schiele aus Naumburg a. S., den Schriftsteller Karl Schnitzler, den Schriftsteller Trebitsch-Lincoln, den General der Infanterie a. D. Freiherr von Lüttwitz und den Korvettenkapitän Erhardt. — Die Reichsregierung hat eine Belohnung bis zu 50 000 Mark für den ausgesetzt, der zur Aufklärung des Sachverhalts oder zur Ergreifung eines der geflüchteten Angeschuldigten beiträgt.

Einspruch gegen die Eisenbahntariferhöhung.

Karlsruhe, 6. Okt. Der Badische Industrie- und Handelstag hat gegen die geplante neue Eisenbahntarif-Erhöhung um 30 Prozent eindringlich Einspruch erhoben, nachdem erst vor 6 Wochen die Tarife für den Personenverkehr um durchschnittlich 65 Prozent erhöht worden seien. Es werde sich bald zeigen, daß auch die neue Erhöhung den Fehlbetrag nicht zu beheben vermöge, dagegen werde eine weitere Einschränkung des Verkehrs und der Wirtschaft die sichere Folge sein. Eine Rettung aus der Notlage sei nur durch eine planmäßige Umarbeitung der Tarife und Umgestaltung der Verwaltung, durch zielbewußte Arbeit und Ersparnis an Menschenmaterial zu erreichen. Die Versammlung beschloß, die Einberufung einer Verkehrskonferenz in Heidelberg in die Wege zu leiten, zu der die Handelskammern, die namhaften Verbände des deutschen Wirtschaftslebens, die Regierungen, Parlamente und die hervorragendsten Eisenbahnfachleute eingeladen werden sollen.

Ludendorff über die deutsch-französischen Beziehungen.

Paris, 6. Okt. General Ludendorff hat dem Sonderberichterstatter des „Oeuvre" in München auf schriftliches Befragen u. a. erklärt, er glaube nicht, daß die französischen und deutschen Interessen notwendigerweise entgegengesetzt sein müßten. Beide Nachbarstaaten, die voneinander abhängen, namentlich auf industriellem Gebiet, haben auch gewisse gleichlaufende wirtschaftliche Interessen. Die antifranzösische Richtung der deutschen Presse erkläre sich aus der Ansicht, Frankreich wolle die vollkommene Vernichtung Deutschlands. Dieses Gefühl werde verschwinden, sobald die französische Regierung sich entschließen könne, ihre Politik zu ändern. Eine solche Politik wäre möglich, ohne daß sich Frankreich von seinen angeblichen Alliierten trenne, es müßte nicht einmal in einen Konflikt mit ihnen geraten.

Eine zweite Völkerbundskommission in Oberschlesien.

Kattowitz, 6. Okt. Die oberschlesischen Blätter berichten, daß eine zweite Kommission des Völkerbunds in Oberschlesien eingetroffen sei, der zwei Spanier, ein Engländer, ein Brasilianer, ein Tscheche und ein Bulgare angehören.

Einstellung der Fleischbewirtschaftung in Oesterreich.

Wien, 6. Okt. Den Abendblättern zufolge sieht sich das Ernährungsministerium veranlaßt, die staatliche Fleischbewirtschaftung einzustellen, da das amerikanische Gefrierfleisch sich bei dem gegenwärtigen Dollarkurs auf rund 1000 Kronen für das Kilogramm stellen würde. Die Regierung müßte also bei jedem Kilogramm über 700 Kronen als Zubuße leisten.

Das Abkommen von Wiesbaden.

Paris, 6. Okt. Der „Matin" berichtet, in den früheren Verhandlungen in Wiesbaden habe Rathenau gefordert, daß der schriftliche Vertrag in französischer und deutscher Sprache abgefaßt werde und daß der deutsche Wortlaut denselben rechtlichen Wert habe wie der französische. Loucheur erklärte dies für unannehmbar; der französische Wortlaut allein müsse maßgebend sein. Vor den entschiedenen Haltung habe sich Rathenau gebeugt, sonst wäre das Abkommen gescheitert.

Nach dem Ultimatum hat Deutschland in den ersten vier Jahren 4800 Millionen Goldmark an Frankreich zu zahlen. Das Wiesbadener Abkommen verpflichtet aber Deutschland in den ersten vier Jahren zu Materiallieferungen im Wert von 7 Milliarden Goldmark. Es ist daher, wie ein Pariser Blatt bemerkt, zu erwarten, daß die Verbündeten verlangen, daß Frankreich den Ueberschuß an sie herauszahle. Andererseits ist im Ultimatum festgesetzt, daß Deutschland eine Prämie erhalte, wenn es mehr als die vorgeschriebene Zahlung leiste. Frankreich könne also in die Lage kommen, daß es nicht nur den Ueberschuß an die Verbündeten herausgeben sondern auch an Deutschland eine hohe Prämie zahlen müsse.

England widmet dem Abkommen größte Aufmerksamkeit

London, 6. Okt. Wie Reuter erfährt, wird das Wiesbadener Abkommen von englischen Finanzfachverständigen geprüft. Bis diese Prüfung beendet sei, lasse sich nicht feststellen, wie weit das Abkommen die Verteilung der Entschädigungszahlungen unter die Verbündeten in Mitleidenschaft ziehe und ob es mit dem Ultimatum in Einklang zu bringen sei.

Verzollung der deutschen Sachleistungen!

Paris, 6. Okt. Die wenigen von Deutschland an Frankreich gelieferten Holzhäuser auf Rechnung der Sachleistungen nach dem Wiesbadener Abkommen sind in Frankreich noch nicht eingetroffen, sondern lagern an der Grenze, da die französische Zollverwaltung einen Zoll von 30 000 Franken fordert. Mit dieser Zollfrage würde das Wiesbadener Abkommen stehen und fallen.

Amerika und die Kriegsschulden.

London, 6. Okt. Die „Morning Post" meldet aus Washington, Amerika habe nicht die geringste Absicht, die Kriegsschulden der Verbündeten zu streichen oder auch nur herabzusetzen. Das Weiße Haus habe amtlich mitgeteilt, daß jedem Versuch, diese Frage auf der Washingtoner Konferenz aufzuwerfen, von den amerikanischen Vertretern heftiger Widerstand entgegengesetzt würde.

Im Widerspruch damit steht folgende Meldung der „Daily Mail": Auf beiden Seiten des Atlantischen Ozeans wächst die Ueberzeugung, daß die gegenseitigen Schulden die wirtschaftliche und politische Lage nicht verbessern und daß daher eine Zusammenkunft der Schuldner- und Gläubigerstaaten notwendig sei.

Nach dem „Daily Expreß" wird Amerika demnächst England ersuchen, seine Kriegsschuld an Amerika in Höhe von 972 Mill. Pfd. Sterling zurückzuzahlen. Die Zinsen auf diese Summe sind bereits seit drei Jahren rückständig, was einen Betrag von über 100 Millionen Pfund ausmacht. Die gesamte Hauptsumme ist fällig, sobald Amerika sie kündigt.

Die Teuerung.

Berlin, 6. Okt. Nach dem Bericht des Statistischen Reichsamts ist die Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten, der die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnungsmiete zugrunde liegen, im September gegenüber dem Vormonat um 17 Punkte oder 1,6 Proz. auf 1062 gestiegen. Gegenüber dem Januar d. J. beträgt die Steigerung 12,5 Proz. (944), gegenüber dem September 1920 36,3 Proz. Die Erhöhung ist in der Hauptsache auf die Preissteigerung für Lebensmittel zurückzuführen. Aber auch die Aufwendungen für Heizung und Beleuchtung sind erneut gestiegen.

Die Umrechnung der Besatzungskosten in Gold.

Paris, 6. Okt. (Havas.) Die Wiederherstellungskommission hat beschlossen, die Umrechnung der Besatzungskosten in Goldmark jeweils zum Durchschnittskurs jedes Vierteljahrs vorzunehmen.

Die Aufhebung der militärischen Sanktionen gefordert?

Paris, 6. Okt. Die Agentur Radio meldet, der deutsche Botschafter Dr. Mayer habe in seiner Unterredung mit Briand die Räumung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort verlangt.

*

London, 6. Okt. Die amerikanische Regierung stellt die Meldung in Abrede, daß sie bei der englischen Regierung auf sofortige Bezahlung des den Ver. Staaten geschuldeten Betrags dringe. Gerade das Gegenteil sei der Fall.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 7. Oktober 1921.

Sonderzug der Oigagrenadiere. Anläßlich des Stuttgarter Grenadierfestes am 16. Oktober hat der Zug Altensteig ab 5.10 Uhr morgens, Nagold ab 7.41 Uhr, Eutingen an 8.10 Uhr, auch Anschluß an einen Sonderzug mit Wagen 4. Klasse von Rottweil nach Stuttgart. Eutingen ab 8.13 Uhr, Stuttgart an 9.37 Uhr. Der Sonderzug fährt von Stuttgart um 6.20 Uhr abends zurück.

— **Erhöhung des Zeitungsbezugspreises.** Der Verein Württembergischer Zeitungsverleger hielt vor wenigen Tagen in Stuttgart eine stark besuchte Versammlung ab, die sich mit der neuen, überraschend eingetretenen Notlage der Zeitungen zu befassen hatte. Neben den bekannten großen Lohnerhöhungen und den Verbesserungen der Gehälter, ist eine mit dem 1. Oktober eingetretene weitere Papierpreissteigerung von einschneidendster Wirkung. Hiezu kommt die allgemeine Verteuerung aller Herstellungskosten, insbesondere der Materialien, Fernsprechgebühren und vieles andere. Es ist bei dieser entsetzlichen Lage des Zeitungswesens der Beschluß einer nochmaligen Erhöhung der Bezugs- und Anzeigenpreise nicht zu umgehen. Dabei ergaben angestellte Vergleiche, daß die württembergischen Zeitungen in jeder Beziehung ziemlich die niedrigsten Preise in Deutschland beibehalten konnten.

— **Vorläufiges Ergebnis der württ. Hopfen-Ernte.** Nach der heurigen Anbaustatistik waren in Württemberg 65 Gemeinden vorhanden, in denen je mindestens 5 Hektar mit Hopfen, insgesamt 1014,7 Hekt. angepflanzt waren. Die Hopfenanbaufläche, die vor 1920 921,8 Hektar betrug, hat also wieder zugenommen, aber noch lange nicht den Umfang des Jahres 1911 mit 2915 Hektar erreicht. Nach den vorläufigen Schätzungen betrug heuer die Ernte 8006 Ztr., durchschnittlich 7,8 Ztr. von 1 Hektar, gegenüber 14,3 Ztr. im Vorjahr. Die Ernte ist im Donaukreis verhältnismäßig am besten ausgefallen, im Schwarzwaldkreis, dem Haupthopfengebiet in der Rottenburger Gegend, aber unter mittel. Auch nach der Güte bleibt die heurige Hopfenernte hinter der vorjährigen zurück, ist aber immerhin als eine mittelgute, zu einem nicht geringen Teile als eine gute anzusprechen.

— **Gewerkschaftliches.** Am 1. Oktober ist die Hauptgeschäftsstelle des Gesamtverbands der Christlichen Gewerkschaften von Köln nach Berlin-Wilmersdorf verlegt worden. In Köln bleibt eine Geschäftsstelle für Westdeutschland. Auch der Christliche Gewerkschaftsverlag ist vom gleichen Tage an nach Berlin verlegt worden.

)(**Nagold, 6. Okt. (Gemeinderat.) Zu Beginn der Sitzung wird seitens des Stadtvorstands in warmen Worten des verstorbenen Königs gedacht, dem zu Ehren das Kollegium sich von den Sitzen erhebt. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildet die Regelung der Gehalts- und Lohnzuschläge für die städtischen Angestellten. Die Teurungssätze für die Beamten werden auf Grund des Besoldungsgesetzes für Körperschaftsbeamte festgesetzt. Die Arbeitslöhne der städtischen Arbeiter werden neu normiert auf Grund der neuen Tarifsätze, die seit 19. Sept. d. J. für die Waldarbeiter Geltung erlangt haben. Deckung für die sehr starke Mehrbelastung der städtischen Mittel durch diese neuen Zulagen soll und kann nur durch Erhöhung der Umlage geschaffen werden. Aus der Reihe der Verhandlungsgegenstände sei nur noch hervorgehoben die erfreuliche Mitteilung des Vorsitzenden, wonach durch in Amerika seßhafte Nagolder zur Wiederbeschaffung des Glockengeläutes eine Spende von 7 653,10 Mark zur Verfügung gestellt worden ist. Für das städtische Obst wurden insgesamt 49 565 Mk. vereinnahmt.**

* **Neuenbürg, 5. Oktober. (Holzerlös.) Eine größere Partie Stammholz aus einem Durchforstungshieb wurde der Firma Krauß u. Co. zu 310 Proz. des Taxpreises zugeschlagen.**

Stuttgart, 6. Okt. (Vom Landtag.) Abg. Winker (Soz.) hat folgende Anfrage eingebracht: Aus Mangel an höheren Verwaltungsbeamten sind bei den Oberämtern die in den Aufgabenkreis der Amtmänner fallenden Geschäfte vielfach den mittleren Verwaltungsbeamten zugewiesen. Das Ministerium des Innern hat bestätigt, daß mit dieser Maßnahme gute Erfahrungen gemacht wurden. Ist das Ministerium des Innern bereit, hieraus die Schlußfolgerung zu ziehen und tüchtige, bewährte mittlere Verwaltungsbeamte in Amtmannsstellen aufrücken zu lassen?

Streik und Demonstration im Baugewerbe. Die Bauarbeiter haben dem Vergleichsvorschlag des Arbeitsministeriums abgelehnt und mit 1855 gegen 627 Stimmen den Streik beschlossen. In Stuttgart haben sich die Zimmerleute dem Streik angeschlossen. In Göppingen und Heilbronn sind die Bauarbeiter ebenfalls am Donnerstag in den Streik getreten.

Seuchenstand. Die Maul- und Klauenseuche ist in Württemberg in der zweiten Hälfte des September weiter zurückgegangen. Es sind noch 24 Gemeinden mit 136 Gehöften verseucht. Die Schafräude herrscht in 27 Gemeinden, die Pferderäude in 9 und die Schweineseuche und Schweinepest in 6 Gemeinden.

Eitingen OA. Leonberg, 6. Okt. (Mord?) Die 25 Jahre alte Tochter des Heinr. Röckle von hier wurde lt. „Leonb. Ztg." mit einer Schußwunde tot aus der Glems gezogen. Der Tat verdächtig ist ein geisteskranker Mann, der früher schon in einer Heilanstalt untergebracht war.

Neresheim, 6. Okt. In den Gebäulichkeiten des Söldners Anton Frank in Arlesberg hat am Montag mittag bei einem schnell heraufgezogenen Gewitter der Blitz eingeschlagen, gezündet und das Wohn- und landwirtschaftliche Gebäude in Asche gelegt. Die Ernte ist verbrannt.

Stuttgart, 6. Okt. (Kartoffelverkehr.) In letzter Zeit haben sich die Klagen über die preistreibende Tätigkeit meist wilder und landfremder Aufkäufer von Kartoffeln gemehrt. Daher wurden alle in Betracht kommenden Stellen erneut angewiesen, die Tätigkeit der Händler aufs Schärfste zu überwachen und gegen Preistreiber rücksichtslos vorzugehen. Kartoffeln dürfen in Wagenladungen nach Orten außerhalb Württembergs bei Bahntransport nur mit einem von der Landesversorgungsstelle abgestempelten Frachtbrief und bei jeder anderen Art der Beförderung nur mit einem Beförderungsschein der Landesversorgungsstelle versandt werden.

Wohnungsbau. Die gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Deutsche Gartenstädte Stuttgart schreibt für 15 Wohnungseinheiten auf ihrem Gelände in der Klopstockstraße beim Rosenbergplatz die Grab-, Beton-, Maurer-, Zimmer-, Flaschner- und Dachdeckerarbeiten aus.

Fellbach, 6. Okt. (Bahnhoferweiterung.) Kürzlich fand hier im Gemeinderat mit Vertretern der Eisenbahn-Generaldirektion eine Beratung statt über die Vergrößerung und Umgestaltung des Personen- und Güterbahnhofs Fellbach.

Plüderhausen, 6. Okt. (Los von Welzheim.) Der hiesige Gemeinderat will beim Staatsministerium vorstellig werden wegen Lostrennung des Gemeindebezirks vom Oberamt Welzheim. Zugleich wird die Einverleibung in den Bezirk Schorndorf beantragt bzw. eine Aufteilung des Bezirks Welzheim angeregt.

Neckarwestheim, (Der kräftige Neue.) Einem Weinfuhrwerk schlug der neue „Fleiner" ein böses Schnippchen. Dem Weinfaß riß der Spunden aus, so daß das halbe Faß des edlen Saftes, wohl gegen 300 Liter, sich in den Straßenkandel entleerte.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Zum Tode des Herzogs Wilhelm.

Der erste Tag, an dem die Leiche des verstorbenen Herzogs Wilhelm in Bebenhausen dem Besuch der Allgemeinheit freigegeben war, glich einer Völkerwanderung. Auf der Straße von Tübingen nach Bebenhausen nahm der Verkehr manchmal beängstigende Formen an. Im Auto, zu Wagen, mit Rad und zu Fuß flutete der Menschenstrom hin und zurück. Beinahe alle Besucher trugen Trauerkleider. Die Damen vom Hofe begaben sich am Freitag früh im Auto nach Marienwahl, während die anderen Angehörigen des Hofs, sowie die Beamten und die Dienerschaft des verewigten Herzogs im Sonderzug von Tübingen nach Ludwigsburg fahren.

Als Vertreter des Kaisers wird zur Trauerfeier Prinz Eitel Friedrich in Bebenhausen erwartet.

Der Kraftwagen mit der Leiche des verstorbenen Herzogs Wilhelm von Württemberg hat Bebenhausen am Freitag früh um halb 7 Uhr verlassen und ist über Böblingen, Vaihingen, Botnang, Feuerbach, Zuffenhausen in Marienwahl eingetroffen.

Am Mittwoch abend fand unter ungeheurem Andrang im Festsaal der Liederhallen in Stuttgart eine Trauerfeier für Herzog Wilhelm statt, die die Stadtverwaltung veranstaltete. Des Königs Büste ragte vom Podium in den Saal. Unter den Teilnehmern bemerkte man die früheren königl. Minister, Staatspräsident Dr. Hieber, die Minister Graf, Bolz und Schall, die meisten bürgerlichen Mitglieder des Gemeinderats mit Oberbürgermeister Lautenschlager. Nach einem Orgelrequiem hielt der ehemalige Hofprediger Prälat Dr. Hoffmann, die Gedächtnisrede, in der er an Hand des königlichen Scheidegrußes vom 30. November 1918 ein überaus warmes und treues Lebensbild des Entschlafenen zeichnete.

Die staatlichen Gebäude haben mit Beginn der Trauerfeierlichkeit, also vom 5. Oktober ab, Trauerbeflaggung zu tragen.

Die staatlichen und städtischen Kanzleien in Stuttgart und Ludwigsburg sind aus Anlaß der Beerdigung des Königs am Freitag von 10—2 Uhr geschlossen.

Als Zeichen der Trauer fordern die Handelskammer, der Handelsverein, der württ. Einzelhandel die Inhaber von Ladengeschäften in Stuttgart auf, ihre Verkaufsräume über die Zeit der Beisetzung des Herzogs zu schließen.

An der Beisetzung des Herzogs nehmen die Tübinger mit ihren Fahnen teil und bilden im Verein mit den Studentenverbindungen mit je drei Chargierten in Wichs Stuttgarter studentischen Verbindungen beim Konduktt Spalier. Nach Rückkehr der Studentenschaft aus den Ferien haben die Korporationen auf drei Wochen Volltrauer.

Bei der Feier am Grabe in Ludwigsburg sprechen Prälat Dr. Hoffmann und Divisionspfarrer Stabelmann Schriftworte und Gebete. Die Feier wird eingeleitet und geschlossen durch Gesänge des Männer-Gesangvereins Ludwigsburg.

Des Herzogs Grabstätte.

Im „Württ. Schulwochenblatt" hat ein Ludwigsburger Lehrer folgende Schilderung der nunmehrigen Grabstätte Herzogs Wilhelms gegeben:

Der alte Ludwigsburger Friedhof hat sich im Lauf der Zeit in eine stimmungsvolle Parkanlage umgewandelt. Unter den vielen Gräbern mit ihren Grabsteinen und Kreuzen zeichnet sich eines vor allen anderen aus durch besonders edle Einfachheit, schlichte Schönheit und ruhevolle Stimmung. Nahe am westlichen Ausgang liegt es, durch ein Tannenhag etwas abgeschlossen und verborgen. Ein großes, einfaches, weißes Marmorkreuz ruht auf drei niederen, sich verjüngenden Steinquadern. Hinter dem Kreuz ist auf der Friedhofmauer aus rohbehauenen Steinen ein Spitzbogen aufgesetzt, der einen Durchblick frei läßt. Mauer und Bogen sind dicht mit Efeu umsponnen. Rechts und links vom Kreuz steht ein Lebensbaum. Die Grabstätte ist mit einem niederen eisernen Gitter eingezäunt. Sie enthält in der Mitte ein kleines, rechts ein größeres mit Efeu bepflanztes Grab. Weiß und grün sind die Farben des Grabes, die Sinnbilder der Reinheit und Hoffnung, predigen uns den Spruch: Selig sind, die reinen Herzens sind, sie werden Gott schauen. Am Tannenhag ladet eine Bank den Besucher zu beschaulichem Sitzen ein. Keine Goldbuchstaben glänzen vom Kreuze aufdringlich herüber. Am Quaderstein lesen wir in wenig auffallender Schrift auf der Vorderseite: Christof Ulrich Ludwig, Prinz von Württemberg, geb. 28. Juli, gest. 28. Dez. 1880, und rechts: Eugenie Henriette Marie, Prinzessin Wilhelm von Württemberg, geb. Prinzessin Waldeck und Pyrmont, geb. 23. Mai 1857, gest. 30. April 1882. Hier hat der frühere König in tiefem Leid seinen einzigen Sohn und später dessen Mutter, seine erste Gemahlin, zur ewigen Ruhe gebettet. Ein Grab einzig in seiner Art.

Unter dem Ludwigsburger Schloß ist eine weite, durch eine Mauer in eine evangelische und katholische Abteilung getrennte Gruft. Da liegen in Prunksärgen die Mitglieder des Königshauses. Unser König hat seine Lieben nicht zu seinen Ahnen in die düstere, verlassene Gruft gebracht, sie sollten ruhen als erste ihres Geschlechts auf dem gemeinsamen Friedhof bei reich und arm, vornehm und gering, als gleiche unter gleichen. Wo ist in deutschen Landen noch ein solches Grab zu finden? Wie erhebend schön ist diese Grabstätte!

Ein Platz der Grabstätte ist noch leer und harrt seiner Bestimmung. Jahr für Jahr stand am 30. April zu einer Zeit, wo noch wenig Friedhofbesucher da waren, am westlichen Eingang ein Auto — und vor dem Grab ein stiller Mann in tiefem Gedenken.

* **Eine Erinnerung an Herzog Wilhelm.** Einem Brief, den der Herzog um die erste Jahreswende der Revolution geschrieben hat, möge nachstehender Abschnitt entnommen sein, der ein leuchtendes Licht auf das Wesen und die Gesinnung des Herzogs wirft: Es ist in dieser Zeit des allgemeinen Elends das Einzige, das uns — neben dem Vertrauen auf Gottes Gnade — bleibt zur inneren Aufrichtung die Erinnerung an die Vergangenheit und die Erfahrung, die wir aus ihr schöpfen, daß manches Mal auf Tage der Erniedrigung, und des Tiefstandes alles geistigen und materiellen Lebens Zeiten des Aufblühens gefolgt sind. Was mich anlangt, so sehe ich in dem Traurigen, das vor einem Jahr geschehen und was heute noch sich tagtäglich vor unsern Augen abspielt, nur eine Phase im Laufe der Welt, durch die wir hindurch müssen zur Läuterung und neuer Anspannung aller Kräfte. Der Einzelne darf dabei keine Rolle spielen mit seinem persönlichen Empfinden und darf sich nicht Regungen des Klagens um das Verlorene hingeben. Es gilt das Ganze, es gilt arbeiten und wirken für unser armes, schwergeprüftes Volk und Land. Leider kann ich in meinem Alter nicht mehr viel leisten, die Schäden zu heilen, und muß mich darauf beschränken, mit aufmerksamer Teilnahme den Gang der Dinge zu begleiten, um einzuspringen, wo vielleicht zu helfen ist. Diese Entsagung wird mir durch die Notwendigkeit der persönlichen Zurückhaltung erleichtert, denn ich bin reich entschädigt für alles, das einst war, durch die unendlich vielen Beweise alter Anhänglichkeit und treuen Gedenkens, die mir von allen Seiten zuströmen. So ist mein Herz nur erfüllt von Dankbarkeit für alles Gute, das ich erfahren darf."

Vermischtes.

Für Oppau. Die Sammlung der „Frankfurter Zeitung" für die Opfer von Oppau hat die Summe von 2 Millionen überschritten.

Eisenbahnunglück. Als am 5. Oktober abends gegen 6 Uhr ein Personenzug vom Bahnhof St. Lazare in Paris abfuhr, riß in dem Tunnel bei Batignolles (Vorort von Paris) die Kuppelung. Ein großer Teil des Zugs blieb stehen. Da aber der Unfall nicht nach der Abgangsstation in Paris gemeldet worden war, wurde dort der nächste fahrplanmäßige Zug einige Minuten später abgelassen. Dieser Nachzug stieß im Tunnel auf die stehenden Wagen und zertrümmerte sie. Die Maschine platzte und setzte den Zug in Brand. Von 21 Wagen sind 16 verbrannt. Bis jetzt hat man 16 Tote und 116 Verletzte geborgen. Der Tunnel ist vorläufig unbefahrbar.

Die italienische Industrie. In Italien hatte man gehofft, der Weltkrieg werde Italien von dem fremden Wettbewerb im eigenen Land befreien und ihm einen Absatz im Ausland eröffnen. Daß das eine Täuschung war, sieht man jetzt in Italien mehr und mehr ein. Durch die großen Streiks der Metall- und Landarbeiter im vorigen Jahr, die das Land an den Rand der sozialen Revolution brachten, und durch die hohen Abgaben der Industrie ist Italien trotz hoher Schutzzölle immer weniger wettbewerbsfähig selbst im eigenen Land geworden. Es ist jetzt von Arbeitslosigkeit bedroht. Der deutschen Industrie gelang es, mit ihren viel begehrten und seit langem erwarteten besseren und viel billigeren Waren wieder in Italien Eingang zu finden. Auch im Außenhandel zeigt sich die italienische Industrie wettbewerbsunfähig. Bei einem jüngst von der rumänischen Regierung ausgeschriebenen Wettbewerb über die Lieferung von Eisenbahngüterwagen bot die ungarische Industrie das Stück zu 16 640 Lire an, die deutsche zu 17 750, die tschechische zu 18 850, die französische zu 25 927, die belgische zu 29 461 und die italienische zu 36 700 Lire, ohne daß die italienischen Fabrikanten dabei einen eigenen Gewinn gehabt hätten; sie beteiligten sich an dem Wettbewerb nur, um ihre Betriebe zu beschäftigen.

Juwelen-Kuren. Um die Farben von Edelsteinen auf künstlichem Wege schöner und leuchtender zu machen, sind von dem Bergwerksinstitut zu Reno in Nevada (Nordamerika) interessante Versuche unternommen worden, die von Erfolg gekrönt waren. Die Farbe der Saphire, Rubinen, Topase und vieler anderer Edelsteine kommt von Unreinigkeiten in den Steinen her und je größer die Unreinigkeiten, desto leuchtender ist die Färbung, desto wertvoller der einzelne Stein. Man hat nun, indem man die Steine dem Einfluß von Radium aussetzte, die Leuchtkraft und Tiefe der Färbung außerordentlich verstärkt und so aus wenig wertvollen Juwelen, wie sie gerade in Nevada häufig gefunden werden, sehr kostbare Edelsteine gemacht. Fünf Milligramm Radium, die etwa 500 Dollar kosten, genügten, um einen blassen, unscheinbaren Saphir oder Rubin innerhalb von drei oder vier Tagen in einen kräftig leuchtenden Edelstein umzuwandeln, sodaß mit dieser Radiummenge gegen hundert Steine im Jahr veredelt werden konnten. Die Frage ist nur, ob diese Neufärbung auch von Dauer sein wird, denn man hat bisher beobachtet, daß die reichen Färbungen, die Glas unter dem Einfluß von Radium erhielt, durch die Einwirkung kräftigen Sonnenlichts oder ultravioletter Strahlen wieder verblaßten. Man verwendet für diese Juwelenkuren jetzt auch den billigeren Radium-Ersatz, das Mesartborium, und hat damit in England gute Ergebnisse erzielt.

Unsere Zeitung bestellen!

Die Zuverlässigkeit der Wettervoraussagen. Es wird viel darüber geklagt, daß die amtlichen Wettervoraussagen, die täglich ausgegeben werden, wenig zuverlässig seien und alle, die sich danach richten wollen, allzu häufig Enttäuschungen erleben. Dabei ist ihre Zuverlässigkeit größer, als man nach den allgemeinen Eindrücken anzunehmen geneigt ist. Ein wichtiges Mittel, den Wert dieser Voraussagen für den praktischen Gebrauch zu erhöhen, schlägt Freiherr von Myrbach in der „Meteorologischen Zeitschrift" vor. Die Voraussagen haben bei verschiedenen Wetterlagen einen sehr verschiedenen Grad von Wahrscheinlichkeit, und der Meteorologe selbst hat durchaus die Möglichkeit zu erkennen, welches Maß sie im vorliegenden Falle besitzt. Manche Voraussage hat eine Treffwahrscheinlichkeit von 95—99 Prozent, kommt also praktisch einer Gewißheit gleich, während andere Wetterlagen nur eine Treffsicherheit von 55 Prozent ermöglichen. Von Myrbach hält es daher für notwendig, jeder Voraussage vier Gradbezeichnungen hinzuzufügen: 1. sehr große Wahrscheinlichkeit (fast Sicherheit), 2. große Wahrscheinlichkeit, 3. mindergroße Wahrscheinlichkeit und 4. geringe Wahrscheinlichkeit. Erst durch diese nähere Kennzeichnung bekäme die Wettervoraussage einen größeren Wert, und der Glaube an sie würde zweifellos stark gestärkt werden.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 6. Okt. Dem Schlachtviehmarkt am Donnerstag auf dem hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 248 Ochsen, 31 Bullen, 386 Jungbullen, 183 Jungrinder, 360 Kühe, 517 Kälber, 738 Schweine, 200 Schafe und 5 Ziegen. Aus 1 Ztr. Lebendgewicht wurden erlöst: Ochsen erste Qualität 740 bis 810, zweite 550—690, Bullen erste 670—740, zweite 560—650, Jungrinder erste 760—850, zweite 630—730, Kühe erste 570—680, zweite 370—500, dritte 230 bis 350, Kälber erste 930—970, zweite 840—900, dritte 750 bis 800, Schweine erste 1340—1400, zweite 1200 bis 1300, dritte 1000—1150, Hammelfleisch 900—1050, Schaffleisch 680—800. Verlauf des Marktes: Kälber lebhaft, Großvieh mäßig, Schweine langsam.

Leonberg, 6. Okt. Auf dem hiesigen Schweinemarkt wurden Milchschweine zu 140—330 Mk. das Stück, Läuferschweine bis zu 680 Mk. gehandelt. Der Verkauf war lebhaft.

Stuttgart, 6. Okt. Dem Mostobstmarkt auf dem Nordbahnhof wurden neu zugeführt 31 Wagen, worunter 15 aus Württemberg, 1 aus der Pfalz, 1 aus Belgien und 14 aus Frankreich. Preis wagenweise für 1 Ztr. 95—107 Mk., im Kleinverkauf 110—115 Mk. pro Ztr. Auf dem Wilhelmsplatz waren 4000 Ztr. zugeführt, Preis 110—115 Mk. pro Ztr. — Dem Kartoffelgroßmarkt auf dem Leonhardsplatz waren 100 Ztr. zugeführt. Preis 75—80 Mk. pro Ztr. — Filderkraut waren 2400 Stück zum Verkauf. Preis 50—60 Mk. für den Zentner.

Ludwigsburg, 4. Okt. Zufuhr zum Schweinemarkt: 185 Milchschweine, 4 Läuferschweine. Preise für ein Paar Milchschweine 290—800 Mk., während Läuferschweine nicht gehandelt wurden. Marktverlauf: Verkauft wurden 150 Milchschweine. Der Markt war belebt.

Weilderstadt, 6. Okt. Die Zufuhr zum gestrigen Wochenschweinemarkt betrug 68 Stück Milchschweine. Bezahlt wurden für gutfleischige Tiere erste Sorte 750—800 Mk., zweite 350—420 Mk. das Paar. Handel langsam, aber fest bleibend.

Waldsee, 6. Okt. Viehmarkt: Zufuhr 25 Stück, verkauft 12. Handel flau bei anziehenden Preisen. — Schweinemarkt: Zufuhr 96 Stück, Ferkel wurden alle verkauft zu 600—650 Mk. das Paar. — Obstmarkt: Zufuhr 40 Körbe Tafelobst, etwa 300 Ztr. Mostobst. Preise: Tafeläpfel 80—95 Pfg., Birnen 70 bis 80 Pfg. das Pfd. Mostobst: Aepfel 80—85 Mk. Birnen 60—70 Mk. der Zentner.

Herbstnachrichten.

Benningen a. N., 6. Okt. Alles verkauft. Höchstes Angebot 3600 Mk. (wie im Vorjahr).

Beilstein, 6. Okt. Vieles verstellt. Noch kein fester Preis.

Oberstenfeld, 6. Okt. Weinlese größtenteils beendigt; in den letzten Tagen mehrere Käufe zu 3000 Mk., ein Kauf zu 3100 Mk. und ein Kauf zu 2800 Mk. für 3 Hektoliter. Qualität unübertrefflich.

Asperg, 6. Okt. Die Nachlese ist nun im Faß. Es wurden bis 3000 Mk. je Eimer bezahlt. Die Nachfrage konnte nicht voll befriedigt werden; alles verk.

Horrheim, 6. Okt. Alles verkauft, der Eimer 3000 bis 3200 Mk.

Bönnigheim, 5. Okt. Lese beendet; letzte Preise 2600 bis 3200 Mk. je 3 Hektoliter. Alles verkauft.

Schwaigern bei Heilbronn, 5. Okt. Die Trauben sind vollreif geworden. Lese hat begonnen. Qualität übertrifft alle Jahrgänge bis 1865. Nahezu alles verkauft zu steigenden Preisen bis 2800 Mk.

Unterheinriet mit Oberheinriet und Vorhof. Lese in vollem Gang, bei lebhafter Nachfrage nahezu alles verkauft zum Preis bis zu 2700 Mk. für 3 Hektoliter ohne Steuer.

Ingelfingen, 6. Okt. Die Weingärtnergesellschaft hat beschlossen, mit der Weinlese noch 10 Tage zuzuwarten, um einen Edelwein zu erzielen, der alle guten Jahrgänge der letzten Jahrzehnte übertrifft.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Letzte Nachrichten.

WTB. **Königsberg**, 6. Okt. Heute Vormittag sind in Königsberg drei **Cholerafälle festgestellt** worden.

WTB. **Berlin**, 6. Okt. In seinem Bericht an das deutsche Rote Kreuz vom 26.9. teilt Professor Mühlens mit, daß **die Hilfsexpedition des deutschen Roten Kreuzes in Petersburg** auf das herzlichste empfangen wurde. Die Hilfsexpedition wird sich zunächst in das am schwersten heimgesuchte Gebiet des Gouvernements Kassan begeben, um von dort aus auch die Wolga-Distrikte zu bereisen. Der Sanitätszug wird spätestens am 10. Okt. von Petersburg abgehen.

WTB. **Berlin**, 6. Okt. (Aus den Abendblättern.) Nach einer Meldung des „Achtuhr-Abendblatts" aus Mannheim hat die Maschinenfabrik Lang vor einigen Tagen einen **Auftrag von der russischen Sowjetregierung** von vielen Millionen erhalten. Es handelt sich um eine große Anzahl von Dreschmaschinen.

WTB. **London**, 7. Okt. Das Reuter'sche Bureau erfährt aus wohlunterrichteter französischer Quelle, daß Vertreter der britischen, der italienischen und der französischen Regierung am Sonnabend in Paris zusammentreffen werden, um **Vorbereitungen für die Maßnahmen** zu treffen, die von den Truppen der drei Mächte **in Oberschlesien** ergriffen werden sollen, wenn die Entscheidung des Völkerbunds über die oberschlesische Frage bekanntgegeben ist. Verhandlungen hierüber sind zwischen London, Rom und Paris die letzten Wochen hindurch geführt worden und die Zusammenkunft in Paris am Sonnabend hat den Zweck, an die zwischen den drei Regierungen getroffenen Abmachungen die letzte Hand zu legen und gleichlautende Instruktionen für die britischen, italienischen und französischen Truppen auszuarbeiten. Es ist noch nicht bekannt, wer der Vertreter der britischen Regierung sein wird.

WTB. **Berlin**, 7. Okt. Nach einer Meldung des Berl. Tageblatts aus Kattowitz erläßt der Verband ehemaliger **polnischer Insurgenten** einen **Aufruf**, in dem es heißt: Nach dem Aufstand kamen wir nach Polen und da erkannten wir von Tag zu Tag klarer, daß Oberschlesiens Glück nie mit diesem Lande verknüpft werden kann. Eine Vereinigung unseres oberschlesischen Landes mit Warschau bedeutet den Ruin unserer geliebten Heimat. Der Kongreßpole ist nicht unser Bruder. Er steht uns wie ein Fremder gegenüber. Wir wollen los von Warschau. Hinaus mit den Kongreßpolen aus Oberschlesien! Das ist die Forderung von über 8000 oberschlesischen Insurgenten. — Unterschrieben ist das Flugblatt: Franz Merik, Vorsitzender des Verbands ehem. poln. Insurgenten, ehem. Offizier und Abschnittskommandeur.

WTB. **Berlin**, 7. Okt. Wie der „Berl. Lokalanz." erklärt, werden die am 1. Dez. in Kraft tretenden **Eisenbahnfahrpreise** nach folgenden Einheitssätzen gebildet werden: Es kostet der Kilometer in der vierten Klasse 17 Pfennig, in der dritten Klasse 26 Pfennig, in der zweiten Klasse 43 Pfennig und in der ersten Klasse 77 Pfennig. Die Erhöhung gegen den bisherigen Fahrpreis beträgt 30 Prozent.

WTB. **Berlin**, 6. Oktober. Das „Achtuhr-Abendblatt" meldet aus Karlsruhe, daß im badischen Oberland bereits **nahezu die gesamte Weinernte nach der Schweiz verkauft** worden ist. Die Weinpreise sind infolgedessen von etwa 1000 Mark auf 2000 Mark und sogar höher gestiegen.

WTB. **Wien**, 7. Okt. **Der Ausverkauf der Wiener Geschäfte** entwickelt sich unter dem Einfluß des tiefen Standes der österreichischen Valuta in drängstigter Weise fort. Besonders heftig ist der Andrang auf die Lebensmittelgeschäfte. Mehrfach verlangten die Verkäufer bereits die Bezahlung in ausländischer Valuta.

Mutmaßliches Wetter.

Heiter, trocken, nachmittags warm.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lauk.
Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.

Postscheck-Konto. STUTTGART 2772.

Bank-Konto: Handwerkerbank Altensteig.

KARL HENSSLER SENIOR
INH. HEINR. HENSSLER
Eisenwaren & Werkzeughandlg.
Telefon Nr. 15 — **Tischlerartikel engros** — Gegr. 1848

Klein-Eisenwaren
Möbelbeschläge
Baubeschläge
Werkzeuge für Holzbearbeitung
• für Hand- und Maschinengebrauch •
Landwirtschaftl. Geräte
Haus- und Küchengeräte
Oefen
Kolonialwaren
Farbwaren
Cigarren, Tabak, Cigaretten.

Landeszusammenkunft der Olgagrenadiere.

Am 15. Okt., abds. 7 Uhr, Festbankett in der Liederhalle.
Am 16 Okt., vorm. 11 Uhr, Regimentsappell u. Feldgottesdienst im Hof der Rotebühlkaserne.

Näheres ist aus den auf allen Bahnhöfen und anderwärts aufgehängten Plakaten zu ersehen. Ueber Extrazüge erfolgt noch Bekanntmachung in der Tagespresse.

Anmeldungen, die bis zum 11. Sept. eingegangen sind, werden als giltig angesehen. Absagen oder noch nicht erfolgte Anmeldungen sind an **Sekretär Bartoschewski, Stuttgart, Aeußere Büchsenstraße 108** zu richten.

Vereinigung ehemaliger Olgagrenadiere.

Freudenstadt.
Einige fabrikneue, erstklassige
Schreibmaschinen
noch zu alten Fabrikpreisen sofort abzugeben. Eilanfragen an
Louis Schleh
Telefon 27. — Bürobedarf.

Altensteig.
Eine Partie guterhaltene
leere
Schmalz-Fäßchen
50 Kilo Inhalt
gibt preiswert ab
Chr. Burghard jr.

Altensteig.
Taschen-Lampen-Batterien Birnen
Feuerzeuge und deren Ersatzteile
empfiehlt
Karl Heußler sen.
Eisenwarenhdlg.

Zumweiler.
Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir beim Hinscheiden unseres lieben Kindes
Fritz
erfahren durften, sagen herzlichen Dank
die Eltern:
Adam Seib u. Frau.

Altensteig.
Dapp- u. Gaigelkarten
seit Jahren geführte Sorten billigst empfohlen
von
Fritz Bühler jr.

Gaugenwald.
6—8 Zentner
Mostobst
hat zu verkaufen
Georg Wolf.

Guterhaltenes

Fahrrad
sucht zu kaufen, wer? — sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

Inserate für die morgige Samstagnummer bitten wir frühzeitig aufzugeben.

Schwarzwald-Drogerie Altensteig Tel. 41
empfiehlt
gegen Ratten u. Mäuse
die besten Vertilgungsmittel.

Familien-Kalender
für das Jahr 1922
sind zu haben in der
W. Rieker'schen Buchhdlg., Altensteig.

Der amtliche
Taschen-Fahrplan
ist zu haben in der
W. Rieker'schen Buchhandlg. Altensteig.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw